



DEINE STADT, DEINE ALTERNATIVE!

Kommunalwahlprogramm für die Kreisstadt Gütersloh 2020 - 2026

#HEIMATSTADT

Alternative
für
Deutschland

Inhalt

Vorwort	3
Arbeit und Soziales	4
Leiharbeit, Minijobs und Mindestlohn	4
Missbrauch bzw. Erschleichung von Sozialleistungen	4
Pflege	5
Jugend-/Sozialarbeit	5
Haushalt und Finanzen	6
Verkehr und Infrastruktur	9
Straßen und Mobilität	9
ÖPNV	10
Wirtschaft	11
Sicherheit, Ordnung und Feuerwehr	12
Sport und Kultur und Heimat	13
Sportvereine	13
Kultur	13
Nationale Identität, deutsche Geschichte und Einstellung zur Heimat	14
Umwelt, Landwirtschaft und Tierwohl	15
Umweltschutz	15
Landwirtschaft	16
Integration und illegaler Zuwanderung	17
Schlussbemerkungen	19

Vorwort

Liebe Bürgerinnen und Bürger der Kreisstadt,

am 13.09.2020 haben Sie wieder einmal die Möglichkeit die Weichen unserer schönen Kreisstadt für die nächsten fünf Jahre zu stellen und hierfür über die Zusammensetzung des Stadtrats Gütersloh zu entscheiden. Für die nächsten fünf Jahre wird die Stadt Gütersloh mehr als nur Ihre Müllabfuhr organisieren, Ihre Wege und Straßen reinigen oder die Abwässer Ihrer Haushalte ableiten und aufbereiten. Die Kommunalpolitik ist ein wichtiger Baustein in der Regelung aller Themen unseres täglichen Zusammenlebens und die enormen Herausforderungen werden auch in unserer HEIMATSTADT nach starken Lösungsansätzen verlangen.

Hierfür haben wir als einzige konservative und freiheitliche Partei eine wirkliche Alternative für Ihre HEIMATSTADT erarbeitet und möchten Ihnen unsere Wegpunkte auf den folgenden Seiten präsentieren.

DENN JEDE STADT BRAUCHT EINE ALTERNATIVE!

In diesem Sinne bedanken wir uns bereits an dieser Stelle für Ihr Interesse und bitten Sie um Ihre Unterstützung.

IHR AFD-STADTVERBAND GÜTERSLOH

Arbeit und Soziales

Leiharbeit, Minijobs und Mindestlohn

Leiharbeit und andere prekäre Beschäftigungsformen sind für viele Menschen in unserer HEIMATSTADT eine große Last und müssen oft durch Sozialleistungen wie Hartz4 ausgeglichen werden. Die AfD wird sich im Stadtrat dafür einsetzen, dass die



Auslagerung verschiedenster Personalbereiche (Reinigung, Instandhaltung, usw.) wieder rückgängig gemacht wird. Private Anbieter möchten wir nur bei Arbeiten hinzuziehen, die besondere Kenntnisse und Fertigkeiten oder spezieller Ausstattung bedürfen.

Die Stadt Gütersloh muss mit gutem Beispiel vorangehen und für die hauseigenen Aufgaben wieder eigenes Personal einstellen, das zu fairen Löhnen und unter gerechten Bedingungen arbeiten kann. Dies beinhaltet nicht nur die soziale Komponente, sondern auch die steigende Effektivität der eingesetzten Mittel bezogen auf die Leistungserbringung. Hierfür möchten wir uns einsetzen.

Missbrauch bzw. Erschleichung von Sozialleistungen

Die AfD möchte sich im Stadtrat dafür einsetzen, dass der Sozialleistungsmisbrauch durch eine enge Zusammenarbeit mit Kreis und Land unterbunden wird. Dubiose Geschäfte müssen bekämpft und die Erschleichung von Steuergeldern zulasten der

Steuerzahler muss beendet werden. Hierzu kann auch unsere HEIMATSTADT mit einem Netzwerk aus kommunalen Akteuren ihren Teil beitragen.

Pflege

Die Zahl der älteren Menschen in unserer HEIMATSTADT wird auch in den nächsten Jahren ansteigen. Viele von ihnen werden zukünftig auf verschiedenste Art der Pflege angewiesen sein. Diese Entwicklung ist nicht aufzuhalten, doch wird sie durch die fortlaufende Schaffung neuer Bedarfsfälle drastischer zu Tage treten. Schon jetzt ist die Gesetzeslage oft unübersichtlich und für den Bürger kaum zu überblicken. Die ausführende Behörde für solche Leistungen ist zwar der Kreis, jedoch werden bereits jetzt verschiedenste Angebote zur Beratung durch die Stadt unterhalten.

Die AfD wird sich dafür einsetzen, dass diese Dienstleistungen weiter bestehen bleiben und falls nötig weiter ausgebaut werden. Menschen, die Hilfe im Alltag brauchen, dürfen nicht links liegenbleiben.

Jugend-/Sozialarbeit

Das soziale Gefüge in unserer HEIMATSTADT hängt im Wesentlichen vom gelebten Miteinander ab. Die Stadt soll dazu beitragen, einen funktionalen Rahmen vorzuhalten. Die Stadt setzt soziale Maßnahmen gerne in sogenannten Projekten um. Projekte sind Maßnahmen, die ein Ende haben. In Gütersloh sind Projekte jedoch Dauereinrichtungen. Sogenannte Träger schöpfen in diesen Projekten Gelder ab, mit denen sie ihrer Klientel Arbeitsplätze sichern. Einen Teil des Steuergelds setzen sie ebenfalls in Maßnahmen um, die auch den Projektteilnehmern finanziell zugutekommen.

Die AfD wird sich im Stadtrat dafür einsetzen, dass Projekte kein Selbstbedienungsladen für die Träger bleiben. Überdies wird die AfD im Stadtrat den Mehrwert der Sozialarbeit in Schulen und im Jugendfreizeitbereich kritisch hinterfragen. Hier fallen immense Kosten an. Aber ein Ergebnis, wie zum Beispiel weniger Schmierereien an Häusern, Fassaden oder anderen Objekten ist nicht konkret sichtbar. Statt die Sozialarbeit weiterhin mit immensen Geldsummen zu befeuern, sollten attraktive Jugendangebote in Vereinen gefördert werden. Hierfür werden wir uns als AfD-Fraktion im Stadtrat engagieren.

Haushalt und Finanzen

Dieses Thema fasziniert die wenigsten Leser, ist aber sehr bedeutsam. Daher fassen wir es zunächst kurz zusammen:

Die AfD wird sich im Gemeinderat für

1. Ausgewogene Finanzen,
2. zielorientierte Vorgaben und
3. reduzierte freiwillige Ausgaben einsetzen.
 - Der Schuldenabbau steht im Vordergrund (Generationengerechtigkeit).
 - Investitionen lösen Folgekosten aus: Diese sind stets im Blick zu halten.
 - Abgaben (Steuern) müssen nicht immer steigen. Warum nicht mal den Bürger entlasten und die Lasten reduzieren? Diese Debatten werden wir einfordern.

Und nun noch etwas ausführlicher:

Wegen der unzureichenden Finanzierung der Kommunen durch Land und Bund werden oftmals wichtige kommunale Infrastrukturprojekte über Sonderprogramme des Bundes oder des Landes finanziert. Diese Methodik ist grundsätzlich falsch, denn sie widerspricht dem Subsidiaritätsprinzip und produziert ständig falsche Investitionsanreize. Die Folgekosten interessieren weder den Bund noch das Land. Der Haushalt unserer HEIMATSTADT sollte ausgeglichen, sowie von Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit geprägt sein. Die AfD wird dafür eintreten, dass Investitionsentscheidungen zum Nutzen aller Bürger und unter der Berücksichtigung

der Folgekosten getroffen werden. Luxusprojekte und ideologisch getriebene Projekte (z. B. das „Klimaschutzkonzept“ oder die eingerichtete Stelle des „Klimamanagers“) lehnen wir ab. Einnahmen und Ausgaben sollen sich die Waage halten.

Das neue kommunale Finanzmanagement leistet aber mehr als das. Die Abschreibungen von Vermögenswerten werden nun sichtbar. Politik soll über Ziele steuernd einwirken. Mehr als 10 Jahre nach Einführung des neuen kommunalen Finanzmanagements (NKF) wird das Führen mit Zielen aber noch stiefmütterlich behandelt. Die Verwaltung ist auch in ihrem Wesen nicht dafür vorgesehen, sich durch Ziele steuern zu lassen. Die AfD möchte im Gemeinderat diesen festgefahrenen Strukturen begegnen und eine Zieldebatte erneut starten. Ziel muss es auf jedem Fall sein, die Ausgabenseite zu reduzieren. Hier sind die sogenannten freiwilligen Ausgaben in den Fokus zu nehmen.



Diese unterscheiden sich von den pflichtigen Ausgaben dadurch, dass sie gestrichen werden können. Die Stadt ist generell nicht dazu verpflichtet, diese Aufgaben wahrzunehmen. Freiwillige und kostenintensive Ausgaben sind z.B. die unnützen Ausgaben, die durch Maßnahmen des Integrationskonzepts ausgelöst werden oder durch Förderung von

Gastronomie, die eine solche nicht bedarf. Kleinere freiwillige Ausgaben sind beispielsweise die Gebühren, die für die Nordwestdeutsche Philharmonie aufgewendet werden.

Die Schulden der Älteren von heute sind die Schulden der Jugend. Den Erben, unseren Kindern, möchten wir von der AfD keinen Schuldentempel hinterlassen. Daher müssen wir heute Kredite abbauen, um unseren Kindern eine Zukunft ohne finanzielle Altlasten zu übergeben.



Verursacht werden Schulden oft auch durch Investitionen, die jährliche Folgekosten nach sich ziehen. Die AfD wird sich im Gemeinderat dafür einsetzen, die Schulden abzubauen und bei Investitionen in die Infrastruktur die jährlich damit verbundenen Kosten im Blick zu haben. Das sind wir unseren Kindern schuldig. Das wirtschaftliche Verhalten der Gemeinde gehört regelmäßig auf den Prüfstand. Die effiziente Erfüllung kommunaler Aufgaben

muss regelmäßig durch neutrale Instanzen überprüft werden. Wirtschaftlich sinnvolle und risikoarme Privatisierungen oder Ausgliederungen sollten in Betracht gezogen werden, ohne Schattenhaushalte und Versorgungsposten zu etablieren. Die AfD wird die Einhaltung von Qualitäts-, Sozial- und Umweltstandards stets im Auge behalten.

Den Bürgern unserer HEIMATSTADT wird reichlich Geld genommen, das sie hart erarbeitet haben. Steigende Schulden führen oft zu steigenden Abgaben. Ein Teufelskreislauf. Nur mit soliden Finanzen kommt man sicher in die Zukunft. Mit gesenkten Ausgaben sind auch Steuersenkungen ein probates Mittel, um das Haushaltsvolumen wieder auf ein gesundes Maß zurückzuführen.

Straßen und Mobilität

Straßen sind die Pulsadern unseres Lebens. Sie verbinden nicht nur Menschen, sondern sind auch für unsere heimische Wirtschaft überlebenswichtig. Doch auch der Radverkehr auf den lokalen Radwegen spielt eine große Rolle in unserem Ansatz für die freie Selbstbestimmung über die Fortbewegung in unserer HEIMATSTADT.

Doch ohne Autos geht es nicht und so lehnen wir die Kriminalisierung von Autofahrern und die Verwendung von grünen Kampfbegriffen wie „Klimasünder“ kategorisch ab. Autofahrer sind weder kriminell, noch unverantwortlich und so ist die Platzierung einer „Grundsuld“ auf gesellschaftlicher Ebene, wie es die Mehrheit der im Stadtrat vertretenen Parteien fördern, mehr als nur schädlich. Die AfD als Freiheitspartei bekennt sich natürlich ebenso uneingeschränkt zum Automobil/Kraftrad als Ausdruck gelebter Freiheit. Immer wieder zeigt sich, dass das Auto das einzige wirklich unabhängige Fortbewegungsmittel ist, dass bei ständiger Weiterentwicklung ebenso im Einklang mit dem nötigen Umweltschutz eine maximale Freiheit bietet. Für viele Menschen, besonders in unseren ländlicheren Regionen ist das Auto unverzichtbar

Wir werden uns für den effizienten Erhalt der Substanz unserer Straßen ein setzen. Die Leitlinie sollte hier sein einen guten Zustand zu erhalten, statt kostenintensive Totalsanierungen in Kauf zu nehmen.

Das Fahrrad als in unseren Augen gleichberechtigte Fortbewegungsalternative muss hierbei ebenfalls seinen Platz finden. Der kontinuierliche Ausbau von getrennten Fahrradwegen muss besonders bei Neuanlagen und Sanierungen gesichert werden. Eine Zusammenlegung von Kfz- und Fahrradverkehr lehnen wir allerdings aus mehreren Gründen ab. So behindert der Radverkehr nicht nur einen flüssigen Straßenverkehr und schafft somit unnötiges Konfliktpotential, sondern gefährdet die Radfahrer als „schwächere Verkehrsteilnehmer“ unverhältnismäßig und stellt die heutzutage eh schon teils sehr geforderten Autofahrer vor ein weiteres Risiko.

Die AfD wird sich im Stadtrat dafür einsetzen, dass das gegenseitige Auspielen von Fahrrad- und Straßenverkehr und die Gängelung und Drangsalierung von gewissenhaften Autofahrern in unserer HEIMATSTADT ein Ende nimmt. Autofahrer und Fahrradfahrer sollten sich nicht als Gegner im Verkehr begegnen, sondern als Partner, die in erster Linie gemeinsam an der körperlichen und seelischen Unversehrtheit jedes Verkehrsteilnehmers interessiert sind.



ÖPNV

Die AfD tritt für einen gut ausgebauten ÖPNV, sowohl im Bus-, als auch im Bahnnetz ein, jedoch nicht für einen ÖPNV um jeden Preis. Im Kreis Gütersloh fahren Busse abends mit durchschnittlich 0,6 Fahrgästen. Diese Quote sieht auch in unserer HEIMATSTADT nicht viel besser aus. Die fiktive Ökobilanz wird somit täglich ad absurdum geführt. Die AfD wird sich dafür einsetzen das System aus Anruf-Sammeltaxen und gut ausgebauten Radwegen statt Subventionierung kostspieliger schwach ausgelasteter Buslinien auszubauen.

Wirtschaft

Mittelständische Unternehmen sind das Herz unserer Wirtschaft. Sie brauchen Freiräume für Wachstum und Veränderung. Dazu gehören auch attraktive Rahmenbedingungen in unserer HEIMATSTADT. Ein reichhaltiges Angebot an Gewerbeflächen, gute Verkehrsanbindungen, leistungsfähige Internetzugänge sowie eine wirtschaftsfreundliche Verwaltung sind wichtige Standortfaktoren. Wir unterstützen den Wirtschaftsförderer, die pro Wirtschaft GT GmbH. Hier wird exzellente Arbeit geleistet, die Gütersloh als Wirtschaftsstandort stärkt und ausbaut. Die AfD möchte junge Menschen für eine Ausbildung zum Handwerk oder in anderen dualen Studiengängen begeistern. Um die Standortattraktivität für angehende Selbstständige und Firmengründer zu erhöhen, setzen wir uns für die Einrichtung und Beibehaltung von Gründerzentren, z.B. für junge Handwerksunternehmen, ein. Hierbei spielt u.a. das Zusammenwirken mit der lokalen Handwerkerschaft eine wichtige Rolle. Günstige Mietpreise und flexible Raum- und Werkstattmöglichkeiten (z.B. gemeinsam nutzbare Empfangs-, Büro- und Besprechungsräume, Teeküchen, Kopierräume, Telefonzentralen usw.) sollen eine neue Gründerkultur, parallel zur bereits geförderten Startup-Szene, entfachen. Durch Ansiedlung verschiedenster Handwerksarten können weitere innovative und produktive Synergieeffekte entstehen. Die wirtschaftliche

Betätigung der Kommune ist auf den Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge zu begrenzen und darf in keinem unlauteren Wettbewerb zu privatwirtschaftlichen Angeboten stehen. Die öffentliche Vorsorge wie z.B. Ver- und Entsorgung, die Gesundheitsvorsorge und der ÖPNV müssen durch den Kreis bzw. die Stadt sichergestellt, aber nicht zwingend von diesen selbst erbracht werden.



Sicherheit, Ordnung und Feuerwehr

Zum Bereich der Sicherheit gehört auch die Freiwillige Feuerwehr in unseren Stadtteilen. Die Feuerwehr handelt mit ihren Kameradinnen und Kameraden oft unter Einsatz des eigenen Lebens. Das ist wahrer Mut und ein Ehrenamt, das Respekt und Anerkennung verdient. Wir haben ein offenes Ohr für unsere Feuerwehr und werden die Stimme erheben, wenn Einsatzkräfte in Ausübung ihres Amtes beleidigt oder tätlich angegriffen werden. Eine exzellent motivierte Feuerwehr braucht auch erstklassiges Einsatzmaterial und Ausrüstung in bester Qualität. Die Sicherheit unserer Feuerwehrleute liegt uns am Herzen. Wer sein Leben einsetzt, um anderes Leben zu retten, soll sich nicht wegen unzureichender Ausrüstung unnötig in Gefahr begeben. Wir werden im Stadtrat einen Kurs mittragen, der hier die richtigen Prioritäten setzt.



Die AfD steht für die Sicherheit in unserer HEIMATSTADT. Die AfD wird regelmäßig Kriminalstatistiken veröffentlichen, in denen alle Straftaten aufgelistet werden und auch die Herkunft der Täter genannt wird. Das heute übliche Vertuschen und Verheimlichen wird damit unterbunden. Wir machen uns ebenso stark für eine

verstärkte Kommunikation zwischen den Städten und Gemeinden und befürworten die Intensivierung der Kooperation zwischen den Sicherheitskräften. Gemeinsame Projekte zur Prävention und Sicherstellung der allgemeinen Sicherheit werden wir fördern und unterstützen.

Sportvereine

Sportvereine sind die Keimzelle unserer Gesellschaft. Hier lernen junge Menschen das Zusammenarbeiten, sowie den fairen Wettkampf. Für viele ist es aber gleichzeitig die Möglichkeiten sich sozial zu engagieren, sich selbst herauszufordern und die Zeit mit guten Freunden zu genießen. Außerdem ist die damit verbundene körperliche Ertüchtigung ein Grundstein für ein gesundes und ausgeglichenes Leben.

Die AfD bekräftigt die essentielle Rolle der Sportvereine und wird sich dafür einsetzen, dass die Sportler in unserer HEIMATSTADT weiterhin beste Voraussetzungen vorfinden werden, um diese Rolle auch zukünftig übernehmen zu können.

Kultur

Die Kultur ist ein hohes Gut, das gerade in Deutschland besonders viel zu bieten hat. Leider ist die derzeitige Kulturlandschaft durch den linken Zeitgeist beherrscht. Alles was nicht „links“ ist hat in der derzeitigen Kultur nur wenig Platz und so wundert es nicht, dass eine Kultur der „Heimatliebe“ (wie in jeder Nation dieser Erde) durch die Ideologie der „One-World“-Fraktion vollkommen ersetzt wurde. In vielen Bereichen sind sogenannte „Kulturprojekte“ zum Selbstbedienungsladen linker und grüner Nutznießer geworden. So finden die „Wochen gegen Rechts“ mit ihren teils fragwürdigen Inhalten und ihren teils zweifelhaften geförderten „Partnern“ wohl eher wenig Anklang bei dem normalen Bürger unserer HEIMATSTADT, als bei den links-grünen selbsternannten Eliten. Und auch „Feminismusprojekte“ oder gemeinsame Projekte mit den Extremisten der Antifa oder anderen linksextremen Organisationen dürfte wohl eher weniger im Interesse der „allgemeinen Bevölkerung“ liegen, doch haben sich selbst ehemals konservative Kräfte im Stadtrat bereits schnell damit abgefunden, profitieren sogar wohlwollend davon.

Die Kultur Deutschlands muss aber auch in unserer HEIMATSTADT alle Bürger miteinschließen. Die AfD wird sich im Stadtrat dafür einsetzen, dass Kulturveranstaltungen wieder einen ausgewogeneren Schwerpunkt bekommen. Auch Projekte mit dem Thema „Heimatliebe“ und „Patriotismus“ müssen, wie in jedem anderen Land dieser Erde, zum Bestandteil der Gütersloher Kultur werden. Die Kultur darf nicht als politisches Instrument missbraucht werden.

Nationale Identität, deutsche Geschichte und Einstellung zur Heimat

Der revisionistische Ansatz des derzeitigen linken Mainstreams breitet sich auch in unserer lokalen Politik aus. Aus diesem Grund bewegt es uns, wenn wir aus anderen Städten und Gemeinden immer öfter erfahren, dass Namen von Straßen, Plätzen oder anderen öffentlichen Einrichtungen geändert und Ehrenbürgerschaften aberkannt werden sollen. Persönlichkeiten der Deutschen und besonders der Gütersloher Geschichte, an die hier erinnert werden soll, dürfen nicht dem politischen Zeitgeist unterworfen werden.

Als AfD-Stadtverband wollen wir die Geschichte natürlich auch selbstkritisch reflektieren und gegebenenfalls aus Fehlern der unserer Geschichte lernen. Diese Geschichte dürfen wir jedoch nicht umschreiben oder gar auslöschen. Vaterländischen Selbsthass oder nationalen „Masochismus“ lehnen wir entschieden ab. Wir stehen für ein gesundes vaterländisches Selbstbewusstsein und für einen Patriotismus, wie er in allen Ländern dieser Erde selbstverständlich ist. Im Stadtrat wollen wir dem grotesken „Umbenennungswahn“ anderer Kommunen für Gütersloh nur im Vorfeld eine klare Absage erteilen, sondern auch verschiedene Konzepte zu einem verantwortungsvollem und angemessenem Umgang mit unserer Vergangenheit anbringen.

Umwelt, Landwirtschaft und Tierwohl

Umweltschutz

Der Begriff „Umweltschutz“ wurde in den letzten Jahren von vielen Akteuren und Parteien vollkommen entwertet und durch den Begriff „Klimaschutz“ ersetzt. Anstatt sich auf den konsequenten Schutz der Heimat und ihrer Umwelt zu konzentrieren fokussieren sich die herrschenden Einflussnehmer darauf das weltweite Klima zu retten. In maßloser Überschätzung der eigenen Möglichkeiten werden auch den Bürgern unserer HEIMATSTADT in Zuge dessen fast jährlich neue Belastungen in den Bereichen Bauen, Wohnen und Mobilität auferlegt. Steigende Baupreise aufgrund bevormundender Bauvorschriften zum selbsternannten Klimaschutz, steigende Energiepreise aufgrund eines zwanghaft diktierten „Klimawahns“ und zunehmende Einschränkungen der Selbstbestimmung, weil grüne Lobbyverbände sich anmaßen zu entscheiden was ökologisch ist und was nicht.

Seit Jahren allerdings vernachlässigen die bisherigen Ratsparteien die sichtbare Sauberkeit unserer HEIMATSTADT. So sind Müllberge in Waldgebieten, „vermüllte“ Plätze und Parks, sowie sonstige Verschmutzungen unserer Grünbereiche und der Innenstadt ein täglicher Anblick.



Ebenso ruhen sich die Ratsparteien darauf aus, dass Umweltprogramme und -projekte durch Ehrenamtler geplant und durchgeführt werden. Anstatt sich stärker in lokalen Projekten für wirklichen Umweltschutz einzusetzen möchten auch die bisherigen Ratsparteien lieber dem „Klimagott“ huldigen und Millionen Steuergelder in die vermessene Idee „das Klima“ retten zu wollen investieren.

Die AfD wird sich im Stadtrat dafür einsetzen, dass die bisherigen Bemühungen für den wirklichen Umweltschutz nicht kleingeredet und in der Zukunft weiter ausgebaut und

gefördert werden. Weitere Bestrebung zur Nachhaltigkeit unterstützen wir, solange sie nicht unverhältnismäßig in die Freiheitsrechte unserer Bürger eingreift. Der Schutz unserer Natur und des öffentlichen Raums fühlen wir uns verpflichtet, der Drangsalierung unserer Bürger zu Gunsten eines temporären „Klimawahns“ stellen wir uns allerdings vehement entgegen.

Landwirtschaft

Auch in unserer HEIMATSTADT haben wir Landwirte die unermüdlich für den Erhalt ihrer Betriebe und der damit verbundene Wertschöpfungskette arbeiten. Doch auch sie leiden seit Jahren unter immer schärferen „grünen“ Regulierungen, schwankenden und sinkenden Marktpreisen aufgrund einer „Überglobalisierung“, steigenden Kosten für Betriebsstoffe, Verbrauchsmittel und Maschinen, sowie unter massiven Kampagnen gegen den gesamten Berufsstand.

Aufgrund struktureller Veränderungen, was sowohl das Konsumverhalten, als auch den Anspruch ihrer Kunden betrifft, müssen sich die vielen mittelständigen Landwirtschaftsbetriebe unserer HEIMATSTADT ständig weiterentwickeln, aufrüsten und zusätzliche Verfahren im Bereich der EDV erlernen. Der Landwirt von heute entspricht schon lange nicht mehr dem Bild des „Bauern“ der vergangenen Jahrhunderte. Der Landwirt von heute muss sowohl „Bauer“, als auch Unternehmer, Mechaniker, EDV-Experte, Fahrzeugmechaniker und auch Umweltspezialist sein.

Um gerade die mittelständischen Landwirte in unserer HEIMATSTADT im täglichen Existenzkampf um ihre teils Jahrhunderte alten Familienbetriebe zu unterstützen wird sich die AfD dafür einsetzen, dass sowohl alle finanziellen, aber auch alle rechtlichen und marketingtechnischen Mittel ausgeschöpft werden, um der Landwirtschaft und den vielen damit verbundenen Familien auch hier eine Zukunft zu sichern und das Bild dieses ureigensten Handwerks in der Gütersloher Gesellschaft wieder zu rehabilitieren. Die AfD Gütersloh bekennt sich uneingeschränkt zur Landwirtschaft und ihrer wichtigen Rolle im Zusammenspiel mit unserer Natur.

Integration und illegaler Zuwanderung

Integration ist nicht die Eingliederung von Zugewanderten in das Sozialsystem, sondern vorrangig eine Bringschuld der zugewanderten Menschen, sich in die Strukturen der gastgebenden Nation einzugliedern. Dies setzt jedoch eine Zuwanderung voraus, die rechtmäßig erfolgt ist. Zugewanderte Menschen, die hier nur eine ökonomisch bessere Situation anstreben, und dies unter vorgeblichen Asylgründen verschleiern, zählen eindeutig nicht zum Personenkreis, der hier integriert werden soll. Insoweit ist eine Integration von Menschen, die aufenthaltsrechtlich geduldet sind, keineswegs anzustreben. Jeder Euro, der für solche Menschen im Rahmen von Integrationsmaßnahmen ausgegeben wird, ist verschwendetes Steuergeld. CDU, SPD und Grüne haben in Ausschüssen und auch im Stadtrat die Unterscheidung zwischen Beschäftigungszuwanderung und Asyl vorsätzlich verwischt. Die Unterscheidung muss wiederhergestellt werden! Die AfD fordert außerdem: Konsequente Unterbindung illegaler Migration, keine „Spurwechsel“, keine Kettenduldungen, keine Versorgungsmigration und die Ausreise, nötigenfalls Abschiebung, aller Ausreisepflichtigen. Die AfD wird im Stadtrat das Integrationskonzept kritisch hinterfragen und die Wirksamkeit ohne die üblichen Jubelsalven der anderen Parteien überwachen. Nochmals, weil es zu selten erwähnt wird: Integration ist eindeutig eine Bringschuld der zugewanderten Menschen. Wer hier leben möchte, muss sich aus eigenem Antrieb in die Gesellschaft einbringen. Keineswegs kann dies Aufgabe des Steuerzahlers sein. Eine üppig blühende Servicelandschaft, wie sie von der Gestaltungsmehrheit im Stadtrat gelebt und gepriesen wird, lehnt die AfD generell ab.

Die AfD wird sich im Stadtrat dafür einsetzen, den betreffenden Personenkreis auf die Rückführung vorzubereiten, damit die Menschen zum einen mental auf ihren befristeten Aufenthalt eingestimmt werden und unter für den Steuerzahler erleichterten Rahmenbedingungen in ihre Vaterländer zurückgeführt werden können. Asyl ist generell Schutz auf Zeit. Dieser eigentlich selbstverständliche Grundsatz muss uns wieder in Fleisch und Blut übergehen. Die AfD wird im Stadtrat immer wieder an diese Selbstverständlichkeit erinnern. Der Haushaltsansatz ist für diesen Bereich viel zu hoch gegriffen. Steuergelder werden in Hülle und Fülle für nicht erstrebenswerte Zustände vergeudet.

Die Ansätze im Haushalt sind jedenfalls deutlich spürbar runterzufahren. Kommunale Steuergelder für religionsbezogene Bauten, wie zum Beispiel Minarette, werden von uns im Stadtrat keine Zustimmung erfahren. Baurechtliche Sondergenehmigungen dafür werden wir ablehnen. Alle entsprechenden Vorhaben sind baurechtlich zu überprüfen, inwieweit sie mit dem gewachsenen Bild unserer HEIMATSTADT im Einklang stehen. Die Unterstützung von verfassungsfeindlichen Religionsgemeinschaften durch finanzielle Förderung, verbilligte Überlassung von Grundstücken oder vereinfachte Genehmigungen lehnt die AfD ab. Der Genehmigung lautsprecherverstärkter öffentlicher Gebetsrufe in unserer HEIMATSTADT werden wir entgegentreten. NRW hat 2017 als erstes Flächenland eine Gesundheitskarte für Asylbewerber eingeführt. Die Städte und Gemeinden entscheiden per Ratsbeschluss, ob sie an der Rahmenvereinbarung mit den Krankenkassen teilnehmen wollen. Die Gesundheitskarten bringen jedoch keine Entlastung für die Verwaltung, sondern erhöhen die Kosten für die medizinische Versorgung von Asylbewerbern deutlich. Deshalb setzen wir uns dafür ein, weiterhin am Verfahren der Behandlungsbewilligung festzuhalten. Die AfD spricht sich gegen die Selbstdeklaration benachbarter Kommunen zu „sicheren Häfen“ für Migranten aus. Die Entscheidung über die Aufnahme von Migranten im Rahmen des Asyl- und Aufenthaltsrechts fällt gerade nicht in den Zuständigkeitsbereich der Kommunen. Die Forderung von Politikern, Kirchen oder Nichtregierungsorganisationen, in Eigenregie und unter Umgehung bestehender Gesetze Migranten nach NRW zu holen, wirkt unter diesen Vorzeichen grotesk und ist verantwortungslos, weil damit die letzten Möglichkeiten staatlicher Kontrolle bei der Einwanderungspolitik abgeschafft würden.

Schlussbemerkungen

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,

Sie haben die Wahl zwischen einem „Weiter so!“ oder einer Alternative für Gütersloh. Nutzen Sie bitte die Chance und helfen Sie uns, Ihren Anliegen für die nächsten fünf Jahre eine Stimme zu geben. Stärken Sie die Demokratie, und machen Sie bitte von Ihrem Wahlrecht Gebrauch. Je höher die Wahlbeteiligung ausfällt, umso mehr kann sich die Politik legitimiert fühlen, die Interessen der Bürgerinnen und Bürger zu vertreten. Wenn Sie Fragen zum Programm oder zu unserem Stadtverband haben, sprechen Sie uns unter stadtgt@afd-gt.net an.

Ihr AfD-Stadtverband Gütersloh